

# Der Steinmetz

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinmetzen Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 18 Mark. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Verbandsstelle in Leipzig  
Zeiger Straße 30 IV, Volkshaus, Aufgang B oder C  
Fernruf 27503

Schluss des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die doppelte Spalte Kleinzeile 10 Mark. Anzeigen werden nur bei vorheriger Einfindung der Kosten ausgenommen. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 47

Sonnabend, den 25. November 1922

26. Jahrgang

## Lohnbewegungen.

Gesperret:

Firma Görtsch-Söhne und das Grabsteingewerbe Georg Hepp in Stettin. In Rauminzack Siemens Bau-Union-Gesellschaft für Steinbauer. In Dramburg, Betrieb Merius. In Halle a. S. Firma a Brassard. In Köln Firma Hertel für Bildhauer.

Streit:

In Lauban (Marmorwerk). In Steinach (Schiefwerk H. Kleinert & Sohn). In Olsdorf b. Hamburg (Grabsteingewerbe).

Zugung ist fernzubalten:

Außer den genannten Orten unter Sperre und Streit von Stettin und Greifenhagen (Pommern). Von Liegnitz (Firmen Herm. Wagner und Wilhelm Born). Von sämtlichen Betrieben in der Zahlstelle Jannowitz. Von Arnswalde (Grabsteingewerbe W. Franz). Von Brieg und Ohlau (Bezirk Breslau). Von Faberborn (Gebr. Spalthoff).

## Umwälzung im Steinmetzgewerbe.

(Chr. Schm.) In meinem Artikel in Nr. 46 habe ich versucht, in kurzen Worten ein Bild von der kapitalistischen und wirtschaftlichen Entwicklung zu geben. Als Steinmetz haben wir nun ein Interesse daran, festzustellen, in welchem Maße die deutsche Natursteinindustrie an dieser Entwicklung beteiligt ist. Für heute scheint es mir aber notwendig, zunächst einmal darauf hinzuweisen, welche Umwälzungen das deutsche Steinmetzgewerbe in den letzten Jahrzehnten über sich ergehen lassen mußte. Auch hier finden wir, daß der konervative Standpunkt, nach dem es immer so bleibt, wie es gewesen ist, nur eine stehende Nebensart darstellt.

Den Vergleich der wirtschaftlichen und kapitalistischen Entwicklung vom Klein- zum Großbetrieb hält allerdings die Natursteinindustrie mit den anderen Gewerben nicht stand. Es liegt in der Natur der Sache, daß die Entwicklung zum Großbetrieb zuerst in denjenigen Industriezweigen einsetzte, deren Erzeugnisse zur Massenfabrikation besonders geeignet waren. Mit wenigen Ausnahmen in der Denkmalarbranche ließ die Natursteinindustrie nennenswerte Vorratsarbeiten nicht zu. Dem Spekulationsbedürfnis waren dadurch in der Natursteinindustrie gewisse Schranken gesetzt, es fehlte an der notwendigen Bewegungsfreiheit. Das war auch die Ursache, warum sich das Großkapital vom Steinmetzgewerbe fernhielt und dadurch die handwerksmäßigen Zustände im Steinmetzgewerbe recht lange erhalten blieben. Eine Verwässerung für die Steinmetzen trat dabei nicht ein. Hier trifft gerade das Gegenteil zu. Die durch technische Erfindungen begünstigte und durch kapitalistische Konzentration betriebene Massenerzeugung drückte die Lohn- und Arbeitsbedingungen der betroffenen Arbeiterschaft ganz gewaltig herab. Um nun mit diesem leicht erworbenen Profit auch nach außen hin zu glänzen, fehlte es nicht an der Erhebung prunkvoller Bauten und Denkmäler, die für das Steinmetzgewerbe reichlich Arbeit boten. Die Lage für das Steinmetzgewerbe war günstig, womit natürlich nicht auch zugleich gesagt sein soll, daß die Glückseligkeit der Steinmetzen eine ungetriebene war. Diese Lage hielt für das Steinmetzgewerbe bis Ende des verflochtenen Jahrhunderts an. Hinzu kam noch, daß die Steinmetzarbeiten fast ohne Ausnahme dort hergestellt wurden, wo sie auch endgültige Verwendung fanden, also vielfach direkt an der Baustelle. Besonders in den Großstädten mit ihrem ausgeprägten Kunstsinne war die Bautätigkeit eine sehr rege. Die Unternehmer im Steinmetzgewerbe waren ursprünglich auch reine Steinmetzmeister. Das Material wurde aus den entlegensten Steinbruchgebieten bezogen. Die städtischen Steinmetzmeister gerieten dadurch in ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis zu den ländlichen Steinbruchbesitzern. Es ist dabei nur zu erwähnen, daß es dadurch zwischen diesen beiden Gruppen auch sehr oft zu Differenzen kam. Die Folge davon war, daß die städtischen Steinmetzmeister zu dem nabeliegenden Mittel griffen, sich durch die Erwerbung von Steinbrüchen vollständig unabhängig zu machen.

Diese Erwerbung von Steinbrüchen konnte naturgemäß nicht ohne Folgen für das ursprünglich rein städtische Steinmetzgewerbe bleiben. Wir konnten im Laufe der Jahre beobachten, daß sich hier eine Umwälzung vollzog, die für die Steinmetzen in den Städten nicht ohne Bedeutung war. Nachdem das Rohmaterial in Form von Steinbrüchen immer mehr in die Hände der städtischen Steinmetzmeister gelangt war, gingen diese dazu über, die Arbeiten auch gleich am Fundorte des Rohmaterials, also in den Steinbrüchen selbst herzustellen zu lassen. Begünstigt wurde dieser neue „Zug“ noch dadurch, daß der Grund und Boden, nicht zuletzt aber die Arbeitskräfte in den Steinbruchgebieten bedeutend billiger waren, als in den Städten. Auf diese Weise entstanden in den ländlichen Gebieten Industriezweige, die den Arbeitern Gelegenheit gaben, Löhne zu verdienen, die zwar bedeutend geringer waren als in den Städten, die aber noch wesentlich über die Löhne der sonst am Orte beschäftigten Arbeiter hinausgingen.

Wenn auch diese Verlegung des Steinmetzgewerbes vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus nicht zu verwerten war, so gerieten die Steinmetzen in den Städten dadurch doch in eine sehr verzwickte Lage. Nicht jeder war durch seine Familienverhältnisse in der Lage, in die Steinbruchgebiete abzuwandern. Zudem war es auch nicht jedermanns Sache, die gewohnten städtischen Verhältnisse und Bequemlichkeiten ohne Zwang zu lassen. Die einst günstigen Verhältnisse im städtischen Steinmetzgewerbe gehörten damit der Vergangenheit an. Die Ergebnisse der letzten Gewerbe- und Berufszählung lassen diesen Rückgang bereits recht deutlich erkennen. In einer besonderen Tabelle wird dabei das Ergebnis von 42 Großstädten behandelt, wobei sich ergibt, daß im Jahre 1907 in diesen 42 Großstädten sage und schreibe nur 5984 Steinmetzen vorhanden waren. Deutlich ist, daß die früheren Berufszählungen nicht besser spezialisiert waren und sich dieser Rückgang an Steinmetzen in den Städten daher nicht ziffermäßig nachweisen läßt. Noch deutlicher kommt uns dieser Rückgang zum Bewußtsein, wenn wir unserer Berechnung das Jahr 1921 zugrunde legen und dabei unsere Verbandsstatistik heranziehen. Wir finden dort, daß in den Städten mit mehr als 20 000 Einwohnern in 95 Zahlstellen 7167 Mitglieder vorhanden waren. Leider geben auch unsere statistischen Erhebungen keine Auskunft darüber, wieviel von diesen 7167 Mitgliedern als Steinmetzen, Schleifer, Hilfsarbeiter oder Arbeiterinnen tätig waren.

Bemerkenswert ist noch, daß die Zahl der Steinmetzgewerbe von 1895 bis 1907 von 8431 auf 6634 zurückging. Aus diesen kurzen Darlegungen geben die Gründe hervor, die Kapitalanlage in der Steinindustrie nicht so nutzbringend als in den anderen Industriezweigen erscheinen zu lassen und dadurch der handwerksmäßige Charakter im Steinmetzgewerbe auch so lange Zeit erhalten blieb.

Der maschinellen Bearbeitung des Naturgesteins stellten sich auch noch dadurch Schwierigkeiten entgegen, weil die ersten Versuche nicht nur sehr kostspielig, sondern obendrein auch noch recht unbefriedigend waren. Eine Aenderung trat hier erst ein, als die übrigen Industriezweige maschinell überfärbt und das gewinnsuchende Auge des Maschinenfabrikanten nach neuen Betätigungsfeldern Umschau hielt. In der Sandsteinbranche halten die ersten Drehbänke ihren Einzug, das Hartgestein wird mit der Maschine geschnitten und geschliffen. Eine vollständige Befriedigung brachte der „neue Gejelle“ in Form der Maschine für die Bearbeitung des Naturgesteins den Unternehmern jedoch nicht. Es stellte sich sehr bald heraus, daß auch trotz der Maschine der betr. Maschinenarbeiter eine genaue Kenntnis über die Beschaffenheit und Eigenart des Materials haben muß. Voraussetzungen, die nur durch jahrelange Tätigkeit im Beruf erworben werden konnten. Es war also ausgeschlossen, einfach einen Arbeiter von der Straße weg an die Steinbearbeitungsmaschine zu stellen.

Die Erfolge, die mit Hilfe der Maschine in den anderen Industriezweigen zu verzeichnen waren, ließen jedoch die Unternehmer in der Steinindustrie nicht zur Ruhe kommen. Da das Naturgestein der maschinellen Bearbeitung sehr schwer zugänglich war, griff man zu dem nabeliegenden Mittel, Material zu verwenden, welches mehr Erfolg auf diesem Gebiete versprach. Die Unternehmer in der Steinindustrie riefen die Geister, die sie heute gerne wieder los sein möchten, der — Kunststein hielt seinen Einzug. In welchem Umfang der Kunststein heute nicht nur zu Bauzwecken, sondern auch bereits zu Denkmälern Verwendung findet, darüber können gerade unsere Kollegen in den Großstädten ein Lied singen. Hand in Hand mit der zunehmenden Verwendung des Kunststeines ging auch jene des Betons und Eisenbetons. Die Steinmetzarbeiten werden dadurch immer mehr verdrängt. Das Steinmetzgewerbe mußte folglich schwere Umwälzungen über sich ergehen lassen. Besonders für die Steinmetzen der Großstädte war es sehr schwer, sich in einer so kurzen Zeitspanne den veränderten Verhältnissen anzupassen. Die Versuche der Unternehmer, die Situation auszunutzen, die Lohn- und Arbeitsbedingungen dementsprechend einzustellen, blieben nicht aus. Vervollständigt wurde dieses Kapitel noch durch die alljährlich wiederkehrende Periode der Arbeitslosigkeit.

Ein altes Sprichwort sagt, daß sich mit den Zeiten auch die Verhältnisse ändern, wenn auch nicht immer zum Besseren. Für das Steinmetzgewerbe der Großstadt trifft dies in vollem Umfange zu. Vor den Augen unserer älteren Kollegen vollzog sich in diesem Gewerbe eine Umwälzung von großer Tragweite für den Steinmetzberuf. Mit Beendigung des Weltkrieges begann in Deutschland ein anders gearteter Wirtschaftsprozess. Ob und inwieweit sich die deutsche Natursteinindustrie im allgemeinen, das Steinmetzgewerbe im besondern dabei zu behaupten und durchzusetzen vermag, darüber wird uns die allernächste Zukunft hinreichend Auskunft geben.

## Beitragsleistung — Karenzzeit — Streikunterstützung.

Wohl die meisten Kollegen haben sich in letzter Zeit sorgenvolle Gedanken über diese Frage gemacht. Die in Nr. 45 des „Steinmetz“ enthaltenen, mehr oder minder berechtigten Ausführungen regen hierzu erst recht an. Deshalb sei auch mir gestattet, kurz meine Überlegungen zu Papier zu bringen, um, wenn nicht mehr, so doch anregend zu wirken.

Die Schilberungen der Unzulänglichkeit der heute geltenden Bestimmungen des Statuts, bezüglich der Karenzzeit und Streikunterstützungshöhe sind m. E. zutreffend und werden vom Zentralvorstand ja auch nicht bestritten. Nur wird von letzterem mit vollem Rechte die Beitragsfrage, sowie die Kontrollmöglichkeit bei eventueller Aenderung mit in Erwägung gestellt. Die dabei geäußerten Bedenken und Hindernisse müssen überwunden werden, wenn eine anerkannt notwendige Aenderung durchgeführt werden soll.

Unbestritten darf doch festgestellt werden, daß uns die wahnsinnige Geldentwertung nicht nur wirtschaftlich ruiniert, sondern auch jegliche Kampfhaftigkeit raubt, wenn nicht schnell Gegenmaßnahmen getroffen werden. Hier interessiert uns nur letzteres.

Die Karenzzeit ist unter den heutigen Verhältnissen zu lange, die Unterhaltungen unzureichend, weil erst auf Grund der drei Monate vorher geleisteten Beiträge solche gezahlt werden können. Nun bestände ja die Möglichkeit, für die hierzu gewillten Kollegen und Zahlstellen, bei Festsetzung der jeweiligen Beiträge, der zu erwartenden Geldentwertung vorzugreifen, d. h. den Beitrag in entsprechender Höhe zu leisten. Dieses wäre aber eine unvollkommene lokale Lösung, da ja nicht einmal der statutarische Stundenlohn als Beitrag von allen Kollegen und Zahlstellen anerkannt und geleistet wird. Ich weiß, daß Zahlstellen, und nebenbei bemerkt, nicht nur ländliche, kaum ein Drittel des Stundenlohnes leisten und finde bei meinem Vorgehen dagegen mitunter große Widerstände. Hinweise auf die mitunter niedrigeren Beiträge anderer Verbände, auf die lächerlich geringen Beiträge der völlig kampfunfähigen Unionsmitglieder auf gegnerische Gewerkschaften usw. sind dann die Regel. Es wird vollkommen übersehen, daß die durchschnittlich notwendige Kampftätigkeit eines Verbandes bei Festsetzung der Beiträge die größte Rolle spielt, wie man auch nicht begreifen will, daß Organisationen, die lediglich als Nutznießer und Parasiten an der von den freien Gewerkschaften geleisteten Arbeit hängen, wesentlich gewinnen und deshalb mit weit geringeren Ausgaben und Reservefonds zu rechnen brauchen. Daß wir in unserem Verband trotz der bald sprichwörtlich bekannten Sparsamkeit in Verwaltungsausgaben feinerlei Experimente ins Dunkle oder Ungewisse machen können, geht aus den Kassenberichten hervor. Eine Verkürzung der Karenzzeit ohne entsprechende Vorbereitung wäre der baldige Bankrott des Verbandes. Dieses kann nicht in Frage kommen und wird von keinem Kollegen gewollt.

Was dann? Ist nun die Frage. Ist es notwendig, trotz allem gewerkschaftlich auf der Höhe zu bleiben bzw. den alten Kampfcharakter zu behalten? Vielleicht kann mir ein mehr oder minder großer Teil der Kollegen nun folgen und eventuell zustimmen.

1. Der derzeitige Kassenbestand ist zu gering. Ein langsame Anammeln oder Sparen solcher Bestände kommt zu spät.
2. Die Beitragsleistung der in diesem Punkte säumigen Kollegen muß gehoben werden.
3. Nach Erledigung der ersten Voraussetzungen, Gestaltung der Statuten, soweit als es irgend möglich und den Zeitverhältnissen einigermassen entsprechend, ist folgender Vorschlag zu machen: Man berufe umgehend den Veirat zusammen, um über folgende Punkte zu beraten und Beschluß zu fassen:

a) Wie erhöhen wir schnell und einigermassen ausreißend den Kassenbestand?

- b) Wie erzielen wir eine richtige Beitragsleistung durch die Mitglieder?
- c) Welche Aenderungen können dadurch bezüglich der Karenzzeit eintreten?

Zu 1. Herausgabe von Kampffondsmarken, die bis zu dem Betrage von 200 M. für männliche und 100 M. für weibliche innerhalb eines Monats gefleht werden müssen. Ueberweisung der für die Zentralkasse bestimmten Gelder, wöchentlich oder mindestens 14tägig eventuell an die kommende Gewerkschaftsbank (deren Hilfe bei momentanen Krisen ebenfalls in Anspruch zu nehmen wäre). Nichterhöhung der Unterstützungsätze, mit Ausnahme der Streik- und Gemäßregelunterstützung. Laufende wöchentliche Kampffondsmarken für Reduzierung der Karenzzeit auf einen Monat, für männliche 5 M., für weibliche 2 M. Wegfallen aller Zugahlungen der Zentralkasse zu den Verhandlungskosten.

Zu 2. Die Markenbestellungen gehen durch die Gauleitungen an die Zentralkasse. Die Gauleiter werden ermächtigt, bei zu niedriger, dem jeweiligen Lohnverhältnis nicht entsprechender Markenbestellung dieses nachzubolen bzw. zu verbessern.

Die vom Gauleiter gemachten Verfügungen sind durchzuführen. Die Verfügungen bzw. die Kontrolle der Bestellungen kann eventuell durch die gesamte Gaukommission getätigt werden, damit auch in Arbeit stehende Kollegen dabei beteiligt sind. Diese haben sich gegenüber den Mitgliedern und Zahlstellen unter Führung des Gauleiters zu rechtfertigen.

Bei Streiks hat der Gauleiter sich von der richtigen und rechtzeitigen Verwendung der in Frage kommenden Beitragsmarken zu überzeugen und eine Bescheinigung über den Befund auszustellen. Die Beitragsmarken sind mindestens vierzehntägig einzulösen. Den Zahlstellentassierern ist eine entsprechende Vergütung zu gewähren.

Zu 3. Bei voller Erfüllung obiger Voraussetzungen wird die Karenzzeit auf einen Monat verkürzt, andernfalls die dreimonatige zu gelten hat. Erst wenn  $\frac{7}{10}$  der am Ort vorhandenen Mitglieder die vollen Vorbedingungen erfüllt haben, gilt für diese Zahlstelle die einmonatige Karenzzeit, während die restierenden  $\frac{3}{10}$  nach der dreimonatigen Karenzzeit unterstellt werden. Neueintretende haben dieselben Bedingungen im selben Zeitraum zu erfüllen. Einzelheiten wären noch nach genauer Prüfung festzulegen.

Allgemein sei noch bemerkt: Die heutige Geldmiserie wird sicherlich nicht so schnell behoben werden können, sondern wenn nicht alles trägt, noch verheerendere Folgen bringen. Die Not der Unbemittelten steigt noch, obwohl man sie jetzt wie vor kurzer Zeit nicht mehr steigungsfähig hält. Kommt aber wirklich die jetzt besprochene Währungsstabilisierung zustande, dann wird m. E. eine gesteigerte Kampfkraft noch erheblich nötiger sein als jetzt. Allenfalls bleibt ja das angesammelte Geld in der Verbandsfamilie.

Bedenken werden wohl bei den am Verbandsbeitrag sparenden Kollegen gegen den Kampffondsbeitrag von 200 bzw. 100 M. entstehen. Aber was sind heute 200 M.? Vier einzige Schnapschen (Fusel), der leider noch viel zu viel konsumiert wird, 10 Zigarren,  $\frac{1}{10}$  des Preises einer Steinmetzschürze usw. Diese relativ geringe Summe, eventuell noch in Bierwocnrat, kann trotz allem noch jeder Kollege aufbringen. Eventuell davor zurückweichende Mitglieder hinterlassen keine Lücke im Verbands- und viele dürften derer nicht sein, weil die dafür zu erreichende Karenzzeitverkürzung für jeden Kollegen von größtem Werte ist.

Mehr Anstrengungen werden zur Durchführung des II. Punktes gemacht werden müssen. Insbesondere heißt es auf die ohnedies schon stark strapazierten Gauleiter noch eine ganz erhebliche größere Abladestelle zu errichten. Aber auch das wird nach mehr oder minder langer Zeit nachlassen und erträglich werden. Ein starker Wille und die zwingende Notwendigkeit werden auch diese Klippe überwinden lassen. Ich gehe bei all meinen Vorschlägen davon aus, daß man auf die wirklich gewerkschaftlich gesuchten Kollegen zu bauen hat und die Rücksichtnahme auf kleinliche Geister oder notorische Mögler erst in zweiter Linie einzusehen braucht. Wo im Anfang der Wille oder die Ueberzeugung mangelt, wird dieser Mangel durch die Einstellung der Arbeitgeber bzw. deren Verbände mehr und mehr beseitigt werden. Schließlich kann ein eventuell zu befürchtender Rückgang der Mitgliederzahl um einige hundert Mitglieder eine so notwendige Sebung der Kampfkraft nicht unberücksichtigt lassen. Ich bin davon überzeugt, daß auch andere Organisationen, die ähnliche Kampfstellung einnehmen, ebenfalls noch zu solchen Mitteln greifen müssen.

Eine Berechnung der sich aus der Erfüllung der von mir vorgeschlagenen Maßnahmen ergibt wohl für jeden die Ueberzeugung, daß wir damit wesentlich gestärkt würden und so den kommenden und vielmehr schon bestehenden Verhältnissen mit ganz anderer wirksamer Gegenwehr aufwarten könnten. Erkennen wir aber dieses und schreiten nicht zur Ausführung, so haben wir uns nur über unsere eigene Energielosigkeit zu beklagen und bleiben im sich immer verstärkenden Wellenschlag der Verhältnisse ein mehr oder minder von der Gunst oder Ungunst der Unternehmer jonglierter Spielball. Je schneller wir dem allseitig erkannten Dilemma entgegengetreten, desto wirksamer wird es sein. An den Lohnfäden werden sich die guten Zinsen für die gemachte Gelanlage bald erkennen lassen. Deshalb, Kollegen, nehmt rasch Stellung und drängt vorwärts. Ich irre sicher nicht, wenn ich annehme, daß zum Beispiel Kollege Knopp völlig einig mit mir geht, denn es wäre ein Übel, wenn man ohne Leistung eine Gegenleistung fordern oder erwarten wollte. Soweit ich den Kollegen Knopp kenne, würde er mit der erste sein, den Kampffonds auf solche Weise heben zu helfen, und die von ihm teilweise geschilberten Mißstände überwinden zu können.

Die Zentralkasse bitte ich, ohne Zaudern mit festem Willen die Initiative zu ergreifen. Mußt die berufenen Vertreter der Kollegen von der Hauptbank schnell und sie werden nicht nur die Notwendigkeit einer Verkürzung der Karenzzeit dartun, sondern sicherlich auch die dazu notwendigen Voraussetzungen erkennen. Treffen wir rechtzeitig unsere Maßnahmen, damit nicht auch uns später einmal gesagt werden kann, der Frommler habe gefehlt.

Meine Ausführungen erheben keinen Anspruch auf erschöpfende Behandlung der schwerwiegenden Frage; dazu fehlen Zeit, vielleicht sagen böse Kollegen auch, das nötige Gehirnsmalz. Auch letzteres mag sein, immerhin möchten sie nicht ganz unfruchtbar bleiben.

Erhöhte Kampfgefahr, erhöhte Kampfkraft durch erhöhte Leistung, zu besseren Lohnfäden und die Möglichkeit zu einem mehr respektierenden Auftreten, gegen die Ausbeuter unserer Körper- und Geisteskräfte. Nicht zuletzt aber durch alles obige, auch erhöhte Kampfeslust und Organisationsfreude zum Wohle aller.

Wer findet den Kritizist, um kleinliche Bedenken entgegenzuhalten? Wer zeigt berechtigte Bedenken und andere gangbare

Wage? Die dreimonatige Karenzzeit kann nicht bleiben. Größeres ist schon durch rasche und zielbewusste Arbeit geleistet worden. Deshalb ran ans Werk! Auf zu einer eingehenden Beratung im Nachhinein oder noch besser im Vorhinein unter eventueller Zuziehung von Vertretern größerer Bezirke.

Es gilt der Organisationsmüdigkeit zuvorzukommen, die durch längeres Fehlen der Kampfkraft eintreten würde. K. S.

## Unsere Verbandszeitung.

(A. Schffn.) Wenn ich allwöchentlich den „Steinarbeiter“ durchlese, dann empfinde ich neben Freude über dieses und jenes auch manchmal gelinden Schrecken. Die Veranlassung sind fast immer die Verbandsmitteilungen. Wie oft schon hat die Redaktion sich bemüht, die Verbandsmitteilungen auf eine bestimmte Höhe zu bringen, hat ferner oft Anregungen gegeben, wie das Wesentliche vom Unwesentlichen getrennt wird und doch können anscheinend einige Schriftführer sich nicht dazu aufschwingen. Man muß schon annehmen, daß die Betreffenden ihre Zeitung nicht mit der Gründlichkeit lesen wie es nötig ist, denn sonst würden besonders die örtlichen Mitarbeiter nicht immer wieder ihre inhaltslosen Berichte senden. Kürzlich war nun in einem Bericht zu lesen, daß die Schriftleitung, also der Redakteur, „abgesetzt und wegen Schädigung von Verbandsinteressen ausgeschlossen“ werden soll. Das ist einfach Kinderei, und ich weiß ganz bestimmt, daß eine große Zahl von Verbandsmitgliedern darüber gelacht haben. Die Antragsteller können unmöglich geglaubt haben, auf diese Art und Weise einen Kollegen zu erledigen, der, wie unser Redakteur, Verdienste in der Steinarbeiterorganisation aufzuweisen hat. Im übrigen habe ich keine Veranlassung, hier eine Lanze für den Redakteur zu brechen, weil es auch überflüssig erscheint, angesichts dessen Tätigkeit. Jedoch ist die Frage berechtigt: Warum nur solche örtlichen Beschlässe? Wer den Zusammenhang nicht kennt, muß annehmen, daß sonst irgend eine ehrenrührige Tat dahinter steckt. Vielleicht gar ein Diebstahl von Verbandsachen oder ähnliches. Die kommunistisch angehauchten oder meinetwegen auch so überzeugten Verbandsmitglieder sagen: „Die politische Neutralität wird von dem Schriftleiter verletzt!“ Wer jedoch bisher unsere Zeitung eingehend verfolgt hat, der wird fast immer gefunden haben, wenn etwas gegen die Kommunisten geschrieben wurde, es nur Abwehrendes und; Abwehr, und zwar gerechtfertigt gegen die kraftfahmende, kommunistisch-gewerkschaftliche Tätigkeit. Ein Redakteur, der nichts dagegen schreibt, steht nach meiner Auffassung sogar auf einem falschen Platz. Es gibt unter den kommunistisch gesinnten Kollegen leider solche, die, wie von einer Tarantel gestochen, hochfahren, wenn man sie nur das Wort Kommunismus gebraucht. Unbuddisamen, Verschrobeneheit und Erbitterung mit den wirtschaftlichen Zuständen geben ihnen sehr, sehr oft Ungerechtigkeiten und auch Unwahrheiten gegen andere ein. Das ist doch eine längst bewiesene Tatsache, die jeden Tag neu erhärtet wird. Der Redakteur, der solches feststellt, soll zum „Ausschluss“ reif sein? Wenn man so etwas in den Verbandsberichten liest, dann kann schon von „Gelindem“ Schrecken über solche Schreibererei und Beschäftigung geredet werden. Wohl heißt ein altes Sprichwort: Jeder blamiert sich so gut wie er kann; aber durch solche Abschwungs- und Ausschlußanträge werden leider große Berufsfreie mit blamiert; dagegen kann nicht entschieden genug Front gemacht werden.

Unsere Verbandszeitung soll in erster Linie der Agitation und Information dienen, soweit Gewerkschaft, Beruf und Wirtschaft in Frage kommen; da könnte und müßte aus den Kollegenkreisen ohne Zweifel besser mitgearbeitet werden. Leider wird die Mitarbeit wenig in Betracht gezogen. Das Interesse erstreckt sich fast nur auf die Lohnbewegungen, höchstens noch die Bekanntmachungen über unsichere Kantonnisten und darauf liegt dann nicht selten der „Steinarbeiter“ unbeachtet im Winkel der Arbeitsstätte. Dabei weiß jeder Kollege, der die Preisverhältnisse auf dem Papier- und Druckermarkt verfolgt, daß die Verbandszeitung wöchentlich viel Geld erfordert. Nach den neuesten Mitteilungen kostet ein Kilo Papier wohl 225 M. Dazu der Druck, dessen Kosten sich ebenfalls stetig nach oben bewegen. Ein Exemplar kostet über 6 M. Wird durch diese Entwicklung die Zeitung überhaupt in Frage gestellt, erst dann merken unsere uninteressierten Kollegen, was ihnen genommen wurde. In den ländlichen Bezirken ist die wöchentliche berufliche Verbandszeitung einfach unbrauchbar und einzelne interessierte Kollegen schämen sich ständig daraus, um es im Kampfe um sein Dasein für die Gesamtheit wieder zu verwerten. Ich habe schon oft gefunden, daß bei Debatten über irgend eine Frage mancher Kollege sehr erstaunt war, daß die Angelegenheit in seinem „Steinarbeiter“, den er achlos beiseite legte, gestanden hat. Auf diese Art hat sich schon mancher angewöhnt, seine Zeitung auch zu lesen, doch sind es ihrer immer noch nicht genug.

Die berufliche Mitarbeit, besonders auf dem Gebiete der Betriebsräte, muß viel besser werden. Wir haben in unserer Organisation die vielen Berufsgruppen, und wenn sich aus jeder nur ein ständiger Mitarbeiter fände, bekämen wir eine Zeitung, die trotz der nur 4 Seiten, für die Aufwärtsentwicklung der Verbandsmitglieder viel, ja alles tun kann. Die Mitarbeit soll und darf sich nicht erstrecken auf gelegentliche Versammlungsberichte oder Abhandlungen über Lohnfragen, sondern in jedem größeren Steinbruchgebiet sind tägliche Vorkommnisse zu verzeichnen, die, in geeigneter Form vorgetragen, zur Information der Gesamtheit der Verbandsmitglieder dienen können. Der Redakteur muß auch Anregungen erhalten aus allen Gruppen! Anregungen erhält er gewiß schon so genug und es ist nur gut, wenn darüber in der Redaktionsstube keine Aufregung entsteht, sonst könnte keine brauchbare Kraft sich dort einmischen.

So geht es bekanntlich allen Verbandsangestellten, hauptsächlich jenen, die wegen der dauernden Lohnschwankungen infolge der Preissteigerungen sich immer unterwegs befinden. Es gehört schon eine robuste Natur dazu, hierbei die Lust und Liebe zur Sache nicht zu verlieren. Vom Familienleben dieser Kollegen will ich lieber gar nicht reden. Frau und Kinder bringen dabei große ideelle Opfer, sie entbehren zweifellos. Das kann nur erweisen, wer selber Familie hat und mit einem gewissen Verantwortungsgefühl der Familie vorsteht. Ich kann mir wohl vorstellen, wie ungerechte Vorwürfe und sonstige Anrempelungen in Versammlungen usw. auf die Gemütsverfassung der Angestellten einwirken. Wir sollten uns deshalb durchaus hüten, wenn einmal etwas nicht so klappert wie man gern wünschte, immer den oder die Angestellten dafür allein verantwortlich zu machen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse wirken gewiß auch auf unsere Kollegen ein, sie werden, wie man so sagt, aufgeregt oder nervös, weil das Geld stets zunimmt und doch sollen im guten Einbernehmen Angestellte und Verbandsmitglieder stets zusammenarbeiten. Das erstreckt sich in erster Linie mit auf unsere Zeitung und die Redaktion. Damit will ich nicht etwa sagen, daß man nun mit allen Maßnahmen unserer Verbandsangestellten durch die dünn zu gehen hat. Nein, nur soll die Form der andern Auffassung nicht verlegend wirken und soll die Arbeitsfreude nicht untergraben. Denn aus dem Arbeitsverhältnis beim Unternehmer weiß jeder von uns, sobald der Betrieb, die Verhandlung usw. die Arbeitslust weggefressen hat, dann ist es meistens vorbei und wenn irgend möglich, sucht der Betreffende sicherlich eine Aenderung.

In der heutigen Zeit, wo Not und Aufregung, Verzweiflung und Gleichgültigkeit aus allen Ecken uns entgegen grüßt, sind wir mehr denn je alle aufeinander angewiesen. Schwere und schwarze Wetterwolken hängen über unserer Volksgemeinschaft, entladet sich das Gewölk, dann wird ohne Zweifel das arbeitende Volk wie immer am meisten heimgesucht. Unsere Verbandszeitung und unser Verband sind unsere Stützen, die wir statt zermürben oder gar zerfallen, noch fester gestalten müssen. Das ist nicht nur mein persönlicher Wunsch, sondern das Verlangen der Mehrzahl unserer Verbandsmitglieder.

## Aus den Zahlstellen.

Baumholder. Aus Gründen der Kollegialität sehen wir uns gezwungen, den Raum des „Steinarbeiters“ in Anspruch zu nehmen. In dem hiesigen Granitwerk B. Burger herrschen Zustände, die unbedingt zur Kenntnis der Kollegen gebracht werden

müssen. Da Burger dauernd an Arbeitermangel leidet, wird er jedenfalls versuchen, in den Lokalblättern der Steinindustrie-gehenden Arbeitskräfte zu erhalten. Vor ungefähr 4 Jahren ist es ihm gelungen, einen Steinmetz aus Mensburg nach Baumholder zu locken. Daß dieser als Unorganisiert ohne vorherige Erfindung mit Kind und Regel nach Baumholder siedelte, muß er heute mit den Seinen bitter büßen. Obwohl er als einziger Steinmetz im Geschäft, alle Spezialarbeiten, wie Blattensprengen, Schriftfähen und dergleichen leisten mußte, erhielt er bis heute als höchsten Lohn die horrenden Summe von sage und schreibe 80 Mark pro Stunde; dies zu einer Zeit, wo die Maurer einen Stundenlohn von 170—180 M. erhalten. Als es ihm unmöglich wurde, Frau und drei Kinder mit diesem Lohn zu ernähren, und er notgedrungen mehr fordern mußte, konnte er sein Bündel schnüren und sitzt heute fünf Wochen vor Weihnachten arbeitslos in Baumholder. Halb verzweifelt erklärte er Kollegen gegenüber: „Länger konnte das Hungern nicht mehr gehen!“ Alle Kollegen, die auf Arbeitsangebote des B. Burger reflektieren wollen, mögen vorstehendes beachten, wenn sie sich und ihre Irgenden vor bitterem Schaden bewahren wollen. Baumholder ist ein außerordentlich teurer Ort, zum Teil bedingt durch die nahe Saargrenze, und ist andere Arbeitsgelegenheit so gut wie ausgeschlossen. Darum, Kollegen, Vorsicht bei Arbeitsangeboten von hier!

Wälferrütt. In der am 9. November stattgefundenen Steinarbeiterversammlung berichtete der Vorsitzende, Koll. Lunerich, über die Lohnverhandlung in Eisenach vom 6. November. Die Unternehmer bewilligten ab 1. November eine Lohnzulage von 60 Prozent. Weitere 10 Prozent sind vom 15. November ab in Aussicht gestellt, Einigung darüber war nicht erzielt. Die Versammlung war mit dem Resultat einverstanden, war aber andererseits der Ansicht, daß die Unternehmer ohne weiteres 70 Prozent vom 1. November hätten zahlen können, denn einige Kollegen betonten, daß die Unternehmer schon vor den Verhandlungen über eine 70prozentige Zulage einig gewesen wären und die weiteren 10 Prozent den Arbeitnehmern bei den Verhandlungen noch abgeknöpft hätten! Im weiteren wurden die säumigen Mitglieder an ihre Beiträge erinnert, denn dadurch wäre bei den heutigen Verhältnissen eine glatte Abwicklung der Geschäfte unmöglich, zumal in unserer Zahlstelle, wo der frühere Kassierer durch Unglücksfall gestört wurde und dadurch eine geordnete Kassienführung dem neuen Kassierer ohnehin sehr erschwert ist. In Zukunft soll gegen säumige Mitglieder strengstens vorgegangen werden. Im Punkt Verchiedenes wurde Klage geführt über Beschäftigung von Personen unter 16 Jahren im Bruch mit schwerer Arbeit. Auch wurde Beschwerde geführt, daß Lehrlinge ausgebildet werden sollten, diese aber mitunter acht Tage kein Rohmaterial bekämen. Es könnten dann wieder, wie vor längerer Zeit, Fälle eintreten, wo diejenigen, die auf dem Basaltwerk Heiligenmühle gelernt hatten, wegen Mangel an Fertigkeiten von demselben Werk nicht wieder eingestellt wurden. Im weiteren über Straffestsetzung, wo der gesamte Betriebsrat nicht mitgewirkt hat. Weiter wurde mitgeteilt, daß ein Bruder des Betriebsführers, Mulatto, abfällige Bemerkungen über den Verband geäußert hätte und derselbe auch nicht organisiert wäre. Der Vorsitzende wurde aufgefordert, das nötige zu veranlassen in bezug auf Unorganisierte. Einige Kollegen führten noch Beschwerde, daß das Mittagessen nicht gewärmt werden könnte, weil kein Holz vorhanden ist. Demgegenüber wurde betont, ob denn das Brennholz, das die Gewerkschaft Heiligenmühle bei den vorjährigen Verfeigerungen, angeblich zum Wärmen des Essens und der Räume für die Arbeiter gekauft hatte (benn unter dieser Bedingung war die Gewerkschaft bei den letzten Auktionen nur noch zum Kauf zugelassen), schon verbraucht wäre? Das Holz scheint einen andern Weg als in die Räume der Arbeiter gegangen zu sein. Zum Schluß wurde noch über den Berechtigtheitsinn, womit sich der Betriebsführer gebrüht, allerlei an den Tag gelegt. Auf dem Basaltwerk werden augenblicklich ungefähr 25 bis 30 auswärtige Kollegen beschäftigt, die in einer Baracke untergebracht sind. Ein Kollege, der in einer andern Stube, bei einem Kollegen schlafen sollte, daselbst aber ablehnte (die Gründe der Ablehnung können, um den Anstand nicht zu berlegen, hier nicht mitgeteilt werden), sagte zu dem Betriebsführer, der darauf bestand, dann solle er doch selber in der Stube schlafen, darauf bekam dieser Kollege seine Papiere in die Hand gedrückt. Die Forderung war, daß noch einige Kollegen Solidarität üben und ebenfalls ihre Papiere forderten. Es wurde bemerkt, daß der Betriebsführer sein größtes Können wohl in ungeschicklichen Entlassungen an den Tag legte, denn schon am dritten Tage nach seinem Antritt hätte er sich durch sein einseitiges Auftreten beinahe Deulen und Blau Flecken zugezogen, wodurch der gesamte Betrieb gestört hat und nichts geleistet worden ist, allerdings die Zeit, welche die Arbeiter verfaumt hatten, ist denselben bezahlt worden. Ueberhaupt habe die Arbeitsfreudigkeit unter dem Betriebsführer Mulatto ganz erheblich nachgelassen. Nachdem noch zur Eingekheit und Pflichterfüllung jedes einzelnen hingewiesen, schloß der Vorsitzende die sehr anregend verlaufene Versammlung.

## Mitglieder achweis im 3. Quartal 1922.

Zugang:	
Bestand am Schluß des 2. Quartals 1922	50 705 Mitgl.
Eingetretten im laufenden Quartal	2 364 "
Uebergetreten von anderen Verbänden	708 "
Zugereist in den Zahlstellen	2 219 "
	56 077 Mitgl.
Abgang:	
Im laufenden Quartal ausgetreten	707 Mitgl.
Wegen rückständigen Beiträgen gestrichen	148 "
Laut § 3, Abs. 5b ausgeschlossen	15 "
Zu anderen Verbänden übergetreten	1 167 "
Abgereist aus den Zahlstellen	2 276 "
Im 3. Quartal gestorben	63 "
	4 376 Mitgl.
Bestand und Zugang	56 777 Mitgl.
Abgang	4 376 "
Bestand am Schluß des 3. Quartals 1922	51 701 Mitgl.
Davon waren weibliche Mitglieder . . . . . 987	

## Wirtschaftliche und soziale Wochenschau.

Während der Verhandlungen in den Fraktionen und bei den Erörterungen in der Presse, die dem Rücktritt des Kabinetts Wirth vorausgingen, drehte es sich nicht — wie vielfach behauptet wird — um parteipolitische Machfragen und Prinzipienreiterei. Es handelte sich vielmehr darum, in welchem Sinne die Wirtschaftspolitik Deutschlands künftig geführt werden und auf welchem Wege die Stabilisierung der Mark angestrebt werden soll. Es stand also die wichtigste Lebensfrage der deutschen Wirtschaft zur Diskussion. Die hohe Bedeutung des wirtschaftspolitischen Problems rechtfertigend und erklärt ist zu einem gewissen Grade die Hartnäckigkeit, mit der einzelne Parteien ihren Standpunkt während der Krise vertraten. Es zeigt sich bei dieser Gelegenheit aber auch sehr deutlich, wie sehr die eigenartige Struktur der deutschen Wirtschaft die Durchsührung einer großzügigen Wirtschaftspolitik nach bestimmten Richtlinien erschwert. In Rußland, wo nahezu 90 Prozent der Bevölkerung dem Kleinbauern angehören, in England, wo der größte Teil der wirtschaftlichen Kräfte sich in der Warenherstellung und dem Vertrieb der Industrieerzeugnisse betätigt, und sogar in Frankreich, wo der kleine Mittelstand auch in Handel und Gewerbe noch die ausschlaggebende Rolle spielt, lassen sich die wirt-

schaftspolitischen Interessen der Nation viel leichter in einem Programm zusammenfassen, als in Deutschland, wo neben der hochentwickelten Industrie und dem Handel eine ausgedehnte Landwirtschaft steht. Unter dem Druck der Reparationslasten und der Einengung der deutschen Konkurrenz am Weltmarkt sowie unter dem Einflusse des Währungsverfalls haben sich die wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze im deutschen Volk während der letzten beiden Jahre so sehr verschärft, daß jede Umwidmung der Regierung ernste Gefahren für den inneren Frieden in sich birgt. Aus dieser Sachlage heraus erklärt sich die Tatsache, daß bei uns eine Kabinettbildung sich in der Regel viel langwieriger gestaltet und schwieriger zu lösen ist als in andern europäischen Ländern. Trotz alledem muß aber ein Ausgleich der wirtschaftlichen Interessen von Fall zu Fall gefunden und eine gewisse Steigert in die Wirtschaftspolitik gebracht werden. Die deutsche Wirtschaft frant in den letzten Monaten hauptsächlich daran, daß nicht nur die zuständigen Ministerien, sondern sogar innerhalb derselben die einzelnen Ressorts regelmäßig Wirtschaftspolitik auf eigene Faust und ohne Zusammenwirkung mit dem Gesamtapparat trieben. Durch dieses planlose Gegeneinanderwirken der Kräfte wurde der Erfolg der meisten wirtschaftspolitischen Gesetze und Verordnungen von vornherein unterbunden. Das deutsche Volk leidet schwer unter den Wirkungen dieser Zustände. Teuerung, Arbeitslosigkeit und Geldentwertung machen beängstigende Fortschritte. Dort, wo durch landwärtliche Besatzungstruppen und durch ungenügenden Schutz vor Ausplünderungen des Warenmarktes durch Hamsterer aus balutastarke Ländern die Preise der wichtigsten Lebensbedürfnisse von Tag zu Tag immer mehr in die Höhe getrieben werden, hat sich der Unwille der Konsumenten bereits zu Ausschreitungen gegen die Geschäftswelt verdichtet. Dieses Vorgehen verspricht natürlich keinerlei Erfolg und ist nur geeignet, unsere Not noch zu steigern. Die Vorgänge im rheinischen Industriegebiet sollten aber allen beteiligten Kreisen eine Warnung sein. Vor allem sollen auch unsere früheren Kriegsgegner einsehen, daß man nicht gut tut, die Not des deutschen Volkes durch Auferlegung einer ganz überflüssigen und furchtbar drückenden Besatzung noch zu vergrößern. Die Arbeiterschaft im Reich kann aber, zumal im Hinblick auf die sich allenthalben mehrenden Entlassungen von ungelerten Arbeitern und Betriebsbeschränkungen, nicht eindringlich genug vor einem planlosen Zugrunde nach dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet gewarnt werden. Die dort geahnten höheren Löhne mögen manchem, der die Verhältnisse nicht kennt, verlockend erscheinen. Die Teuerungsunruhen zeigen aber, daß die Arbeiterschaft im Rheinlande infolge der hohen Lebensmittelpreise sich bereits in schlimmer Lage befindet. Nach neueren Meldungen besteht in Westdeutschland durchaus kein Mangel an Arbeitern mehr. Arbeitslose irren bereits massenhaft obdachlos umher.

## Rundschau.

Zur Bekämpfung der Erkrankung der Atmungsorgane und zur Linderung bzw. Heilung von Lungenleidenden sind schon recht viele Mittel anprobiert worden, ohne die Heil- oder Linderungserwartungen einzulösen. Die Redaktion des „Steinarbeiters“ hat auf Grund dieser Erfahrungen stets alle Inzerate und Reklame für irgend ein Produkt abgelehnt, weil sie den leidenden Kollegen weniger Linderung bringen, als nur deren Geld haben wollten. Wenn wir nun in der vorliegenden Nummer davon abweichen, so hat es darin seinen bestimmten Grund, weil die in unserer Anzeige-Ecke angeprobierten O. S. C.-Tabletten tatsächlich von allen bisher uns bekannt gewordenen Heilmitteln abweichen und halten, was sie ankündigen: Linderung, Erleichterung, unter Umständen auch Besserung!

Gewerkschaftliches. Der Verband der Porzellanarbeiter hat eine Mitgliederzahl von 70 000 überschritten. Auf ein 30 jähriges Bestehen blickt der Zentralverband der Maschinisten und Heizer zurück. Aus diesem Anlaß ist die Nr. 23 der Verbandszeitung besonders ausgestattet.

## Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Die der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale angehörenden Gewerkschaften haben beschlossen, zur Bekämpfung der internationalen Reaktion und zur Bekämpfung auftauchender Kriegsgefahren einen internationalen Propagandafonds durch Erhebung einer Extrasteuer zu schaffen. Für diesen Zweck sind von den männlichen Mitgliedern mindestens 5 M., von den weiblichen Mitgliedern mindestens 3 M. zu entrichten. Die Kassierer werden ersucht, ihren Bedarf an Quittungsmarken umgehend beim Verbandsvorstand zu bestellen. Von den Kollegen und Kolleginnen wird erwartet, daß sie an Opferfreudigkeit auch bei dieser Gelegenheit hinter den Angehörigen anderer Verbände nicht zurückbleiben.

## Adressenänderungen.

9. Gau.  
Weitefeld (Post Daaden). Vorj.: Oskar Strunt. Kass.: Hermann Richter.

## Briefkasten.

Hof. B. Brief kostete 12 M. Straßporto. Das Inzerat ist wenig erfolgversprechend, spare deshalb die Ausgabe.  
Reichenbach. Steinbrecher B. Die eigenartigen Kristalle erhalten, sie sind eine wertvolle Bereicherung unserer Sammlung. Darum Dank der Redaktion.

## Anzeigen

**Berlin.**  
Donnerstag, den 30. November, nachmittags 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus  
**Versammlung der Bau- und Grabmalbranche.**  
Freitag, den 1. Dezember, nachm. 5 Uhr, in Graumanns Festsälen, Raunynstr. 27  
**Versammlung der Marmorbranche.**  
Tagesordnung in beiden Versammlungen: 1. Bericht der Tarifkommission 2. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet  
**Die Ortsverwaltung.**  
Linderung für Lungen- und Asthmalidende (sowie Besserung dieser Krankheiten wie allgemeiner Kräfteverlust, Nachtschweiß, Verschleimung der Atmungsorgane bringen)  
**O. S. C.-Tabletten.** Hersteller: **Oskar Heine, Ernst, Fabrik pharmazeutischer Präparate, Kempfen (Allgäu).**  
Eine Kur erfordert je nach dem Leiden 4 bis 6 Kartons. Originalverkaufspreis pro Karton 200 M. Diese Tabletten wurden von einigen Steinarbeitern auf ihre Wirkung erprobt und sehr warm empfohlen.

**Grabmal- und Kriegerchriften**  
zeichnet Franz Giegler, Bildhauer, Eisen (Hessen), Eicher Straße 37  
Moderne Schriften - Entwürfe.  
(Verbands-Nr. 61202.)  
**Tüchtiger Steinmetz**  
nur erste Kraft, für dauernde Arbeit bei höchstem Lohn sofort gesucht.  
**Th. Haake**  
Düsseldorf, Remscheid: Straße 5.

**Geitorben.**  
Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik einzuhandelt werden.  
In Seebach am 15. November der Pfaltersteinmacher **Miail Sinkbe, 41 Jahre alt, Kriegsverletzung.**  
Ehre seinem Andenken!  
Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Bandler, beide in Leipzig.  
Drud: Freie Presse G. m. b. H., Leipzig.

bauern, während aus der Kriegerkaste die Ritter hervorgingen, die sich ihren Herzog (Seerführer) und Stammesherrn wählten. Damit haben wir die ersten Kulturstufen der Menschheit mit Riesenschritten durchlebt, ohne die geistigen Fähigkeiten unserer ältesten Vorfahren gebührend heranzubilden. Zu allen Zeiten spielte das Geistesleben der Völker eine nicht weniger wichtige Rolle als ihre körperlichen Fähigkeiten. Ja, durch geistige Einwirkung gelang es erst, den fortgeschrittenen, zu Macht und Ansehen gelangten Menschen, sich ihre Mitmenschen zu den von ihnen gewollten guten oder bösen Zwecken dienstbar, willfährig zu machen.

Auch die Führung (Beherrschung) der Menschen hat ihre körperliche und geistige Seite. Wir wissen, welche gewaltige Wirkung der Glaube, die Erfahrung und die Idee eines Menschen auf den anderen ausüben kann. Deshalb bedient sich auch schon die vor Jahrtausenden lebenden Herrscher der Priester, um ihre Stammesgenossen in ihrem Sinne zu beeinflussen bzw. zu erziehen. Häuptlinge und Priester teilten sich in die körperliche und geistige Erziehung ihres Volkstammes. Was der Autorität des Häuptlings versagt blieb, der in seinem Auftrage oder Einverständnis handelnde Priester, Mediziner oder Zauberer erreichte es gewiß.

Der Hauptfaktor zur Erziehung der Menschheit ist die Sprache. Nur durch gegenseitige Verständigung war und ist es den Menschen möglich, aufeinander einzuwirken, zuerst durch das Gesprochene, später durch das geschriebene Wort. Die Schrift war das kulturfördernde Mittel aller Zeiten. Sie vermittelt uns die Kenntnisse des frühen Altertums, sie verbreitet die Kultur über die ganze Welt. Schriftliche Erzeugnisse lassen sich zurückerfolgen bis ins dritte Jahrtausend vor Christi Geburt. Die Schreiber jener Zeit gehörten zu den gelehrten Berufen, wie die Sänger und Kunstwerker eine gehobene Stellung einnahmen. Als die Stammesherrscher sich mit den Tempelpriestern in die Herrschaft des Volkes teilten, fiel dem Schreiber die wichtige Funktion der Kanzlei zu. Er war der Vorläufer der späteren Kanzler. Die babylonische Chronik, circa 3000 v. Chr., berichtet über die Sumerische Tempelstadt und deren Magazine, in denen über die Ein- und Ausgänge zur Versorgung des Volkes mit Lebensmitteln Buch geführt wurde.

Die Entwicklung der ersten Jahrtausende ging nach unseren Begriffen äußerst langsam vor sich. Auch das Mittelalter schritt nur langsam vorwärts. Mit der Sehaftmachung der Völker bildeten sich die Städte. Eine neue Epoche trat ein mit der Bildung des Handwerks und der mit ihr verbundenen Trennung von Stadt und Land. Der Stammesherr wurde abgelöst durch ein von den Ständen gewähltes Ständekönig, der nicht selten mit seinen eigenen Standesgenossen in Fehde lag, wobei ihm meist die Unterstützung der Städte zuteil wurde, weil letztere durch die Ständeherrscher mit den drückendsten Abgaben belastet wurden. Schließlich wurden die Handwerker eine, so starke wirtschaftliche Macht, daß die politische vor ihr kapitulieren mußte. Der nächste Artikel sei der „guten alten Zeit“ des Handwerks gewidmet, ihm wird ein weiterer über das kapitalistische Zeitalter folgen.

### Entlassungsschutz der Betriebsvertretungsmitglieder.

Die Betriebsvertretungsmitglieder sind nicht wie die Belegschaftsangehörigen nur dem Arbeitsrisiko unterworfen, sondern sie haben infolge des aktiven und passiven Widerstandes der Unternehmer gegen das Betriebsrätegesetz bei Ausübung ihrer Funktionen noch das weitere Risiko zu tragen, daß der Arbeitgeber jede Gelegenheit benützt, um sie aus seinem Betriebe zu entfernen.

Die §§ 96 und 97 des Betriebsrätegesetzes sind gewissermaßen die Schutzparagrafen für die Betriebsvertretungsmitglieder gegen Entlassungen, und Aufgabe der Betriebsvertretung ist es, diese Schutzbestimmungen restlos auszunutzen im Falle der Entlassung eines ihrer Mitglieder.

Die Auffassungen über die Anwendung dieser Bestimmungen gehen natürlich bei den Arbeitnehmern, den Arbeitgebern und auch den Gerichten weit auseinander. Nachdem aber nun das Betriebsrätegesetz über zwei Jahre in Geltung ist, ist es doch möglich gewesen, aus den Erfahrungen in der Praxis wichtige Grundsätze festzustellen. Clemens Köppl, der Sekretär der Gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale des DGB, hat, um alle Betriebsräte instand zu setzen, sich diese Erfahrungen zunutze zu machen, Richtlinien zusammengestellt, wie sich die Betriebsvertretungen im Falle von Entlassungen eines ihrer Mitglieder zu verhalten haben. Sie sind seiner seiten in 2. Auflage erscheinenden Broschüre „Betriebsrätegesetz und Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsbeiführer“ als Anhang III beigegeben. Die von der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin SO 16, herausgegebene Schrift ist bei allen Parteibuchhandlungen, Buchhandlungen oder durch die Gewerkschaften zu beziehen.

### Aus der Spruchpraxis und sonstige Entscheidungen im Arbeitsrecht.

**Tarifvertrag.** Die Verbindlichkeitserklärung eines Tarifvertrages lediglich für Mitglieder eines wirtschaftlichen Verbandes

findet nicht statt, weil damit der Zweck der Verbindlichkeitserklärung, die Lohn- und Arbeitsbedingungen für einen bestimmten Berufs-zweig in einem begrenzten Gebiet einheitlich zu regeln, nicht erreicht würde. (Reichsarbeitsministerium 19. 1. 21.)

**Betriebsrat.** Der Vorsitzende des Betriebsrates kann nur durch den Beschluß des Betriebsrates seines Vorzites enthoben werden; es kann, wenn der Betriebsrat einen solchen Beschluß nicht fassen will, nicht die Betriebsversammlung entscheiden.

Die Vertretung der Arbeitnehmer vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten gehört nicht zu den gesetzlichen Aufgaben der Betriebsvertretung. (Reichsarbeitsministerium 16. 11. 20.)

Zur Kündigung von Betriebsobleuten oder deren Versetzung bedarf der Arbeitgeber gemäß §§ 98, 99 Betriebsrätegesetz, der Zustimmung der Mehrheit der wahlberechtigten Arbeitnehmer des Betriebes. Erst wenn diese Zustimmung versagt wird, kann der Schlichtungsausschuß angerufen werden, der sie durch seinen Spruch ersetzen kann. (Schlichtungsausschuß Altona 24. 6. 21.)

Der Arbeitgeber ist nicht verpflichtet zur Bezahlung ausgefallener Arbeitszeit an Betriebsrats-Mitglieder bei Sitzungen, die ohne dringenden Grund während der Arbeitszeit abgehalten worden sind. (Schlichtungsausschuß Mannheim 1. 6. 21.)

Der Betriebsrat hat bei Verhängung von Einzelstrafen nicht mitzuwirken, sondern ist nur zuständig zur Mitwirkung bei allgemeinen Strafbestimmungen. (Schlichtungsausschuß Waldenburg 10. 6. 21.)

In der Leitung der Verwaltung von Wohlfahrts-einrichtungen (Sanatorien) darf der Betriebsrat nicht eingreifen. Er hat sich auf Vorschläge, Anregungen über Benutzung und Ausgestaltung der Einrichtung, Prüfung von Beschwerden usw. zu beschränken. Die Betriebsratsleitung ist auch nicht verpflichtet, dem Betriebsrat Einsicht in die betreffenden Bücher zu gewähren. (Schlichtungsausschuß Augsburg 11. 11. 20.)

Eine Mitwirkung des Betriebsrates an der Verwaltung von Pensionskassen gemäß § 66 Ziffer 4 Betriebsrätegesetz gilt nur insoweit, als auf die Leistungen der Kassen kein Rechtsanspruch besteht. Denn der Sinn dieser Vorschrift ist offenbar der, das freie Verfügungsrecht einzuschränken, nicht aber Körperchaften, die sich kraft Gesetzes selbst verwalten, dieses Selbstverwaltungsrecht zu beschränken. (Reichsarbeitsministerium 10. und 12. 6. 21.)

Freiwillige Niederlegung des Amtes als Betriebsrats-Vorsitzender ist jederzeit statthaft und hat nicht den Verlust der Mitgliedschaft im Betriebsrate zur Folge. (Reichsarbeitsministerium 29. 5. 20.)

Ergänzungsmitglieder des Betriebsrates werden durch § 96 Betriebsrätegesetz nicht geschützt. (Schlichtungsausschuß Hamburg 17. 2. 21.)

Bei der Verteilung von Werkwohnungen steht dem Betriebsrate ein Recht zur Mitwirkung nicht zu. (§ 66 Betriebsrätegesetz, Gew.-V.-A. Schönebeck 14. 3. 21.)

Die Kosten der Saalmiete für Betriebsversammlungen hat der Arbeitgeber nur dann zu tragen, wenn er für zu Recht berufene Betriebsversammlungen trotz rechtzeitiger Ersuchens des Betriebsrates geeignete Räume nicht zur Verfügung gestellt hat. (§§ 46, 36, 37 Betriebsrätegesetz, Reg.-Präf. Arnberg 8. 3. 21.)

In einer Aufforderung zum Streik seitens eines Betriebsrats-Vorsitzenden vor Erschöpfung der Einzelmöglichkeiten, insbesondere vor Anrufung des Schlichtungsausschusses liegt eine grobliche Verletzung der Pflichten als Betriebsratsmitglied. (Schlichtungsausschuß Stuttgart.)

Die Befugnis, Einsicht in die Personalakten zu nehmen, hat der Betriebsrat nicht von sich aus. (Vorl. Reichswirtschaftsrat 4. 7. 21.)

Nach § 39 Betriebsrätegesetz abgesetzte Betriebsratsmitglieder sind mindestens für die Dauer der Wahlperiode des Arbeiterrats (§ 18 Abs. 1) mithin für ein Jahr nicht wieder wählbar. Es würde nicht nur die für diesen Fall sehr wichtige Bestimmung des § 69 Betriebsrätegesetz, sondern auch die in Verbindung hiermit auf Grund der gemäß § 69 Abs. 2 erfolgten Entscheidungen des Schlichtungsausschusses wirkungslos machen, wenn die sofortige Wiederwahl zulässig wäre, da die Bestimmungen des § 69 nur in Verbindung mit § 39 Abs. 2 durchgeführt werden können. (Reichsarbeitsblatt 1. Jahrg. S. 926.)

In den Bestimmungen über die Wahlen zum Betriebsrate (§§ 19-21 der Wahlordnung vom 5. 2. 20) ist ausschließlich der Ausdruck „Eültigkeit“ verwendet. Eine Unterscheidung nach nichtigen und nur aufhebbareren Wahlen ist nicht gemacht. Danach gibt es eine absolute Nichtigkeit, die nicht erst geltend gemacht zu werden braucht, nicht. Vielmehr ist anzunehmen, daß die Wahlordnung ausschließlich die Aufsechtbarkeit der Wahlen vorgesehen hat. (Bay. Min. f. soz. Fürsorge 27. 9. 21.)

# Der Betriebsrat und Betriebsobmann in der Steinindustrie

Monatsbeilage der Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands  
Verantwortliche Schriftleitung: Herm. Siebold ♦ November 1922 ♦ Verlag: E. Winkler, Leipzig, Zeißer Str. 30<sup>IV</sup>

## Betriebsrat und Wirtschaft.

XX.

### Beszen und Aufgaben der Betriebsräte.

In einem Artikel „Aus der deutschen Steinindustrie“ des Kollegen Siebold, veröffentlicht in der Betriebsräte-Zeitschrift für Funktionäre der Metallindustrie vom 28. Oktober 1922, befindet sich folgende Feststellung:

„Die Granitschleifereien im Fichtelgebirge haben sich in der Vorkriegszeit nur durch die Ausfuhr nach Frankreich halten können. Nach dem Kriege ist es gelungen, diese Geschäftsverbindungen wieder herzustellen. Der von Frankreich jetzt festgesetzte Einfuhrzoll in Höhe von 90 Prozent des Wertes der Granitwaren bedroht nun aber das Weiterbestehen dieser Industrie.“

Diese Angaben beleuchten blickartig die Situation, in welcher wir leben. Es handelt sich hier nur um ein Beispiel, daselbe ließe sich durch weitere Fälle in anderen Berufen beliebig vermehren.

Was soll der doch nun praktisch in die Wirtschaft hineingestellte Betriebsrat gegen diese Zustände unternehmen? Diese Frage werden sich die Betriebsräte jetzt um so mehr stellen, als einmal Not und Elend der Arbeiterschaft wächst und zweitens zwei Wege gezeigt werden, aus dieser Lage herauszukommen. Den einen Weg zeigen die Gewerkschaften. Kollege Siebold schildert denselben in dem vorangezogenen Artikel und schreibt zum Schluß:

„Die Aussichten für die Zukunft in den sonstigen einzelnen Zweigen der Natursteinindustrie sind nicht gerade ungünstig, doch hält es schwer, unter den heutigen unsicheren Wirtschaftsverhältnissen Voraussetzungen zu machen. Für den Bedarf der Gemeinden und der einzelnen Länder, auch des Reiches, ließe sich, soweit Begebaustoffmaterial in Frage kommt, im weitesten Sinne eine großzügige Sozialisierung vollziehen, um Deutschlands unererschöpfliche Gesteinsbodenschätze zum Vorteil der deutschen Steuerzahler ohne kapitalistische Renten zu verwenden. Doch inzwischen, ehe diese Frage spruchreif wird, haben die Betriebsräte in den Großbetrieben der Steinindustrie sich die nötigen Kenntnisse anzueignen. Sie haben es allerdings schwerer wie in anderen Gewerben, denn die Steinbruchbetriebe und ihre verwandten Unternehmungen liegen fast alle außerhalb der Industriezentren und die darin beschäftigten Arbeiter sind nicht selten infolge ihrer Arbeitseigenart isoliert; es fehlt ihnen der belebende Verkehr mit anderen Berufsarbeitern. Die Folgen davon liegen klar zutage. Doch diese Schwierigkeiten muß der Zentralverband der Steinarbeiter als die zuständige Organisation zu überwinden suchen im Interesse künftiger Entwicklung der deutschen Wirtschaftsverhältnisse.“

An dieser Stelle ist auf die uns heute allgemein noch fehlenden Kenntnisse und die abgeforderte Arbeitsweise der Steinarbeiter schon wiederholt hingewiesen worden. Daß tatsächlich jedoch der Zentralverband der Steinarbeiter alles tut, was möglich ist, beweist allein schon diese Zeitschrift.

Aber der Weg, den die Gewerkschaften zeigen, ist derjenige der harten Tatsachen, der in der Welt der Wirklichkeit allein zum Ziel führt. Der Aufstieg der Arbeiterklasse ist schwer und mühsam.

In dieser Zeit der schweren Not wird der Arbeiterklasse jetzt noch ein anderer Weg gezeigt. Elend und Schwierigkeiten verschwinden im Nichts. Vor dem berauschenden Blick erhebt sich das Land der Zukunft. Die Stufen der breiten bequemen Treppe, die schnell und sicher in dieses Paradies führen, heißen: Kontrolle-ausschüsse, Reichsbetriebsrätekongreß, Selbsthilfe der Arbeiterschaft, Uebernahme der Wirtschaft!

Welcher Betriebsrat möchte nicht diesen letzten Weg gehen? Auch die Gewerkschaften würden gern diesen Weg wählen. Warum tun sie es trotz Not und Elend nicht? Darum, weil es denselben in der Wirklichkeit leider nicht gibt.

Auch die Kommunisten wissen das sehr genau. Von dem Kommunisten Dr. Karl Rorsch, Privatdozent an der Universität Jena, ist gerade in diesen Tagen ein kommunistischer Kommentar zum Betriebsrätegesetz herausgegeben worden (Karl Rorsch „Ar-

beitsrecht für Betriebsräte“ Vita-Verlag, Berlin SW 61), in dem sich folgende Feststellungen befinden:

„Ganz ebenso nun, wie sich im politischen Gemeinwesen die Verfassung der absoluten Monarchie aus anderen Verfassungsformen geschichtlich entwickelt hat und ihr wiederum andere Staatsformen geschichtlich gefolgt sind, läßt sich auch in der Verfassung des „Gemeinwesens der Arbeit“ eine fortschreitende Entwicklung geschichtlich verfolgen, deren einzelne Phasen nur alle um eine weltgeschichtliche Epoche später liegen, als die entsprechenden Phasen der politischen Entwicklung... (S. 23.)

„Sogar in Rußland selbst, einem proletarischen Staat, der umringt ist von einer feindlichen kapitalistischen Umwelt, konnte die „Arbeiter selbstverwaltung“ in dem Umfang, wie sie durch den oben zitierten Grundbuch des russischen „Kobex der Arbeit“ proklamiert wird, noch nicht dauernd aufrechterhalten werden. Hier aber wurde doch wenigstens ein ehrlicher Versuch zur praktischen Realisierung eines wirklichen Rätesystems unternommen und es besteht alle Gewißheit dafür, daß dieser Versuch, sobald es die fortschreitende Weltrevolution dem russischen Proletariat gestattet, auch mit aller erdenklichen Energie bis zu Ende durchgeführt werden wird... (S. 82.)

In diesen beiden Feststellungen des Verfassers spiegelt sich die für die Arbeiterbewegung so überaus schädigende Gedankenverwirrung der Kommunisten drastisch wider. Sie sehen die Wirklichkeit ebenso wie wir, aber sie können sich nicht entschließen, nun auch ihre Maßnahmen der Wirklichkeit anzupassen. Es wird festgestellt, daß die wirtschaftliche Entwicklung eines Staates der politischen Entwicklung dieses Staates erst eine weltgeschichtliche Epoche später nachfolgt. Die Absicht der Kommunisten dagegen geht gerade jetzt wieder darauf aus, diese Erkenntnis nicht zu beachten, sondern umgekehrt die politische Entwicklung hinter der wirtschaftlichen Entwicklung herhinken zu lassen. Wie Rorsch feststellt, ist dies eine absolute Unmöglichkeit und deshalb haben doch die Gewerkschaften recht, wenn sie sich mit aller Energie zum Beispiel gegen den kommunistischen Reichsbetriebsrätekongreß wenden. Weiter sieht Rorsch ganz richtig, daß Rußland seine Betriebsrätegesetzgebung nicht aufrechterhalten konnte, weil die inneren und äußeren Umstände dies einfach nicht gestatteten. Nur die fortschreitende Weltrevolution soll die Höherentwicklung des russischen Proletariats gewährleisten.

Was soll also nun ein Betriebsrat machen? Er soll endlich erkennen, daß der von den Gewerkschaften seit Jahrzehnten beschrittene Weg trotz aller Mühsal und Not der allein richtige ist. Daß es einen Weg, der leicht und schnell zum Ziele führt, einfach nicht gibt. Darüber muß der Betriebsrat seine Belegschaft aufklären. Solange diese Aufklärung nicht gelingt, gibt es auch keine wirkliche Betriebsrätebewegung.

Der Betriebsrat kann die Wirtschaft nicht ändern, aber er muß die Wirtschaft erkennen. Wie soll er sonst jemals erkennen, wo die Schwierigkeiten liegen. Und diese Aufgabe allein ist schon schwierig und langwierig. Kenntnisse des Arbeitsrechts, des Handelsrechts, der Privat- und der Volkswirtschaft sind unbedingte Voraussetzung erfolgreicher Betriebsratsstätigkeit. Eine Möglichkeit der Selbstschulung ist an dieser Stelle schon aufgezeigt. Einen anderen Weg gibt es aber wiederum nicht.

Es gibt zwei unumstößliche Grundsätze:

Keine Macht ohne Wissen!  
Keine Rechte ohne Pflichten!

Darüber kommt auch kein Betriebsrat hinweg, selbst dann nicht, wenn das Betriebsrätegesetz hundertmal besser wäre als es ist. Kehren wir jetzt zu den Granitschleifereien zurück und prüfen, was mit ihnen geschieht, wenn es nicht gelingt, andere Abgabengebiete, und zwar im Auslande zu erschließen.

Alle Kontrollausschüsse Deutschlands können dann nicht verhindern, daß diese Betriebe stillliegen.

Warum erhebt Frankreich so einen hohen Zoll? Um die deutsche Konkurrenz auszuschalten. Man kann behaupten, daß das geschieht wegen der deutschen Löhne, die soviel niedriger sind als die französischen Löhne. Nun ist aber Frankreich noch kapitalistischer als Deutschland und man würde, wenn das mit dem Unterchied des Lohnes auch bezüglich der Kaufkraft im eigenen Lande stimmen würde, den dann vom kapitalistischen Standpunkt betrachtet, zu

hohen Lohn der französischen Steinarbeiter herabsetzen. Dann brachte man keinen Schutzoll und die Granitsteleisereien Deutschlands könnten ebenfalls nicht mehr unterbieten.

Daraus ergibt sich:

1. daß der Reallohn des französischen Steinarbeiters das Existenzminimum nicht wesentlich übersteigen kann und
2. daß man den Zoll erhebt, um die deutsche Ausfuhr zu unterbinden.

So geht es jetzt schon in einer ganzen Anzahl von Verufen. Anfangs, als der Dollar gestiegen ist, in den Jahren 1919 und 1920 wurde mit Recht vom Ausverkauf Deutschlands gesprochen. Das war lohnend für den deutschen und den ausländischen Kapitalismus. Die einen bekamen viel Papiermark, die anderen billige Waren.

Jetzt, wo der Dollar viel schneller steigt, ist es trotzdem mit diesem Ausverkauf von Waren in großem Maßstabe vorbei. Die hohe Zahl der Arbeitslosen konnte das Ausland nicht dauernd ertragen. Die Löhne wurden stark abgebaut. Die Preise ebenfalls, wenn auch nicht in dem Maße wie die Löhne. Das übrige taten die Bölle.

Da aus der deutschen Ausfuhr die Devisen fließen, die deutsche Einfuhr, für welche diese Devisen gebraucht werden, jedoch größer ist und außerdem Devisen für Reparationen gebraucht werden, mußten Mark in das Ausland verkauft werden und der Markkurs fallen.

Dadurch erhöht sich wieder der Preis der Einfuhrwaren um soviel, als man 4.20 Mark, den Friedenspreis des Dollars, in den heutigen Kurs des Dollars teilen kann, also bei einem Stand des Dollars von 6500 Papiermark um das mehr als fünfzehnhundertfache.

Die lebensnotige Inlandproduktion und die Luxusindustrien, deren Waren Absatz finden, folgen dem Stand des Dollars in der Preisgestaltung. Diese Unternehmer leiden keinen Schaden. Friseur, Buchdruckerei, Straßenbahnen und eine Reihe anderer Gewerbe gehen zurück oder ganz ein. Die letzten heißen die Hunde. Das sind die Arbeiter, die Angestellten, der gesamte Mittelstand, welche nur noch ihr Leben fristen, die keinen Sparrentner und Arbeitsinvaliden, welche überhaupt zugrunde gehen.

Das ist der heutige Kreislauf der Wirtschaft. Ein Karussell des Wahnsinns, in welchem die Menschheit, einschließlich der deutschen Betriebsräte sitzt. Wer in blinder Wut, wie die Russen, gegen dieses „System“ aufrennt, kommt buchstäblich zu Millionen um.

Das Grundübel ist der Weltkrieg. Die Grundauswirkung für Deutschland der Versailler Friedensvertrag.

Dies der Entente begreiflich zu machen, auf friedlichem Wege diese Erkenntnis unseren ehemaligen „Feinden“ beizubringen, wird die erste große Tat des deutschen Volkes für den wahren Fortschritt der Menschheit sein.

Aber auch dann werden die Schwierigkeiten noch ungeheuer sein und ihnen gewachsen zu sein, ist eine Aufgabe, der sich schon jetzt die Betriebsräte unterziehen müssen.

Wie man das machen kann, darüber werden wir uns im nächsten Artikel unterhalten. Für heute schließen wir mit der Feststellung und Mahnung: nur wer in der Not den nichternen Kopf verliert, geht unter, wer allen Schwierigkeiten trotzend den Glauben an die Zukunft behält, gelangt ans Ziel. npl.

### Die Artel.

(W. W. W.) Deutschland wird wahrscheinlich in naher Zukunft genötigt sein, Arbeiter zum Wiederaufbau nach Frankreich zu senden. Auch nach Rußland werden voraussichtlich in absehbarer Zeit deutsche Spezialarbeiter in größerer Zahl gehen, um dort an der Wiederaufrichtung des Verkehrswesens und der Industrie mitzuwirken. Die Entsendung geschlossener Arbeitergruppen ins Ausland, noch dazu in Gebiete, in denen Verpflegung und Unterbringung mit besonderer Schwierigkeit verknüpft sind, erfordert eine besonders geartete Organisation. Während die technische Leitung sich wohl in ähnlicher Weise regeln wird, wie im Inlande, bildet die wirtschaftliche Organisation allerlei Schwierigkeiten. In Rußland haben sich schon seit langer Zeit für solche Gelegenheiten die Arbeiter zu eigenartigen genossenschaftsähnlichen Organisationen — sogenannten Artels — zusammengeschlossen. Diese können vielleicht mit entsprechenden Veränderungen auch das Vorbild für die Bildung deutscher Arbeitskolonnen abgeben. Die russische Artel hat ihre eigene Geschichte. Die Kleinbauern, die noch heute in Rußland ausgezeichnete Siedler sind und es trefflich verstehen, mit dem Zimmermannsteil umzugehen, sind gewöhnt, sich ihre Häuschen selbst zu bauen und auszubessern. Auch die Reparaturen an ihren primitiven landwirtschaftlichen Geräten führen sie selbst aus. Der lange russische Winter wurde von jeher von diesen Kleinbauern dadurch ausgenutzt, daß sie sich auf einige Monate nach den größeren Städten begaben und dort Arbeit als Bauarbeiter, hauptsächlich als Zimmerleute, annahmen. In der Regel schloß sich eine größere Anzahl von Dorfgemeinden zusammen wählte einen Vertrauensmann, den sogenannten Artelschicht, und zog unter dessen zur Stadt. Dieser Artelschicht spielte aber keineswegs die Rolle eines technischen

Leiters, Werkmeisters oder Vorarbeiters. Bei kleineren Artels arbeitete er wie jeder andere in der Kolonne mit, und erledigte seine wirtschaftlichen Funktionen nebenher. Bei größeren blieb ihm zur eigentlichen Berufsarbeit nicht genug Zeit, er mußte deshalb von dieser dispensiert werden, erhielt den gleichen Lohn wie seine Arbeitskollegen und hat in erster Linie die Aufgabe, für Unterbringung, Heizung, Ernährung, Arbeitsbekleidung, Werkzeuge usw. zu sorgen, und alle Verhandlungen mit den Unternehmern über Arbeitslohn usw. zu führen. Die Arbeitgeber verhandelten grundsätzlich nur mit dem Artelschicht. Nur die mit ihr getroffenen Vereinbarungen waren für beide Teile verbindlich. Dieses System hat sich bis in die neueste Zeit in Rußland ganz besonders bei Eisenbahnbauten bewährt. In entlegenen Gegenden, wo der Zustrom größerer Arbeitermengen vom örtlichen Handel zu Preis-treibereien hätte ausgenutzt werden können oder wo überhaupt die Einkaufsmöglichkeiten sehr beschränkt waren, lieferte der Arbeitgeber der Artel Lebensmittel, Brennholz, Pelze, Filzstiefel usw. Die Abrechnung erfolgte durch den Artelschicht, der seinen Arbeitsgenossen gegenüber natürlich zur Rechnungslegung verpflichtet war. Die deutschen und österreichischen Kriegsgefangenen haben nach der russischen Revolution bei Arbeiten an den russisch-sibirischen Eisenbahnen, Fabriken, Bergwerken usw. sich ebenfalls in Artels organisiert, einen sprachkundigen und umsichtigen Artelschicht gewählt und auf diese Weise ihre wirtschaftliche Existenz gesichert. Selbst unter der bolschewistischen Regierung lebt die Artel als Arbeiterorganisation weiter. Sie ist durchaus nicht zu verwechseln mit den Kolonnen der Sachseingänger, bei denen bekanntlich der Vorarbeiter oder Führer in der Regel ein weit höheres Einkommen hat als seine Arbeitskollegen, zu denen er nicht selten in einem Verhältnis steht, das an die Gepflogenheiten des Sklavenhandels erinnert. Die Artel ist eine freie Arbeitsgemeinschaft, der Artelschicht der erste unter sonst vollkommen gleichberechtigten Genossen. Die einzige Auszeichnung, die er genießt und deren er sich würdig zu erweisen hat, ist das Vertrauen seiner Kollegen.

### Volkswirtschaft.

II.

(E. W.) Das Fundament der Wirtschaft ist die Arbeit, ohne Arbeit keine Kultur, ohne Arbeit kein Wohlstand. Das Wohlergehen der Menschheit hängt ab von dem Maße der Gütererzeugung. Zwar lebt der Mensch nicht, um zu arbeiten, Arbeit ist also nicht etwa Lebenszweck, aber er muß arbeiten, um leben zu können. Die Arbeit ist also ein unentbehrliches Lebensmittel. Das gilt natürlich nicht nur für die Besitzlosen, die die Not der Zeit sowieso zur Arbeit zwingt, sondern für alle Menschen. Aufgabe der Menschheit ist es nun, die Arbeit so zu gestalten, daß mit möglichst wenig Kraft, Zeit- und Materialaufwand möglichst viele Güter erzeugt werden, damit die Arbeit, welche jetzt vielen eine Last ist, allen zur Lust wird. Dies Ziel ist am besten durch eine vernunftgemäße Arbeitsteilung zu erreichen.

Zunächst können wir unterscheiden zwischen geistiger und körperlicher Arbeit, obgleich diese Scheidung nicht der Wirklichkeit entspricht, denn es dürfte kaum eine körperliche Arbeit geben, welche nicht gleichzeitig ein, wenn auch noch so geringes Maß geistiger Ueberlegung bedarf, wie es andererseits keine geistige Arbeit gibt, die nicht gleichzeitig körperliche Funktionen erfordert, zum Beispiel das Schreiben oder Zeichnen. Richtiger ist jedenfalls die Scheidung in leitende und ausführende Arbeit, die jedoch beide in einer Person vereinigt sein können, wenn zum Beispiel ein Künstler oder Handwerker eine Arbeit nach eigenem Entwurf selbst ausführt. Beide Arbeitsarten, Kopf- und Handarbeit, sind natürlich vollständig gleichwertig. Beide sind aufeinander angewiesen. Der Kopfarbeiter (Ingenieur, Techniker oder Kaufmann usw.) hat nicht die geringste Berechtigung, sich über den Handarbeiter erheben zu dürfen, denn ohne die körperliche Arbeit lassen sich seine Pläne und Entwürfe nicht entwickeln. Ebenso verkehrt ist es natürlich, wenn der Handarbeiter glaubt, ohne das geistige Schaffen der Kopfarbeiter auskommen zu können, denn ohne dieses würde ein Stillstand im Wirtschaftsleben eintreten, dem der Rückfall in überwindene, bzw. in überlebte Epochen folgen würde.

Die moderne Entwicklung der Arbeitsteilung führt nun mehr und mehr zur Mechanisierung, zur Entseelung sowohl der körperlichen wie der geistigen Arbeit. Bei der körperlichen Arbeit ist es die Maschine, welche den Arbeiter durch ständige Wiederholung ein und derselben Bewegung zu einem willenlosen Werkzeug der Maschine macht, während die Arbeitsteilung in den großen geistigen Werkstätten der Industrie und des Handels die Techniker und Kaufleute ebenfalls zu rein mechanischen Arbeitern degradiert. Die Ingenieure werden unter Leitung eines Chefingenieurs zu Strichziehern und die Bankbeamten unter Leitung ihres Abteilungschefs zu bloßen Zahlenschreibern. Es liegt eben im Wesen der Arbeitsteilung, dem einzelnen Individuum die leitenden Funktionen zu nehmen und es mehr und mehr nur noch zum ausführenden Objekt zu machen, um die Leitung des Betriebes (der Wirtschaft) in eine Hand bzw. in einen Kopf zu bekommen, um hierdurch

ein rationelles Sichineinanderfügen des ganzen Betriebes zu erreichen.

Kein Beginnen, kein Unternehmen, an dem eine Mehrzahl von Menschen beteiligt ist, ohne einheitlichen Willen, ohne einheitliche Aktion, soll es nicht von vornherein zur Erfolglosigkeit verurteilt sein. Ein wichtiger Bestandteil der Wirtschaft ist daher die Organisation. Es gilt die an einem Werk beteiligten Personen zu erfassen, sie einzugliedern in den Betrieb je nach ihrer Eignung und den Anforderungen, welche an ihre körperlichen und geistigen Kräfte gestellt werden. Ohne Leitung geht es natürlich in keinem Betrieb, wobei sich der demokratisch geleitete Betrieb von einem autokratisch geleiteten dadurch unterscheidet, daß der Leiter nicht selbstherrlich bestimmt, sondern erst nach Anhörung des Rates aller Beteiligten bzw. ihrer Vertreter (Betriebsräte) einschließlich der Meister und Vorarbeiter, den Ausschlag für die notwendigen Anordnungen gibt. Eine solche Betriebsdemokratie kann man auch mit Arbeitsgemeinschaft bezeichnen. Diese Eingliederung der Arbeiter in den Betrieb im kleinsten bedingten Maße und Staat seitens der gesamten Arbeiterschaft bzw. ihrer gewerkschaftlichen und politischen Organisationen im großen. Die Demokratisierung des Staates ist nicht nur eine einseitige Forderung der Arbeiterschaft, sondern eine dringende Staatsnotwendigkeit. Ohne die lebhafteste Anteilnahme der Arbeiter an der Gestaltung und Erneuerung der durch den Krieg zusammengebrochenen Wirtschaft kann diese nicht wieder hochkommen. Die Vertiefung in die wirtschaftlichen und politischen Probleme und ihre tatkräftige Mitarbeit an der Verwirklichung derselben sollen dem Arbeiter (Kopf- und Handarbeiter) reichlichen Ersatz bieten für die Mechanisierung (Entseelung) der Arbeit im Produktionsprozeß.

Von ausschlaggebender Bedeutung für die Wirtschaft ist die Technik. Sie umfaßt die Kenntnis von den vorhandenen Stoffen, ihre Anwendung und Auswertung. Auch hier zeigt sich wieder im kleinen wie im großen dasselbe Bild, derselbe Vorgang. Zu den bereits bekannten Haushalten der Familie, der Gemeinde, des Staates tritt der Haushalt der Erde hinzu. Wir brauchen nur Kohle und Metall herauszugreifen, um uns bewußt zu werden, welche Fülle an natürlichen Stoffen vorhanden ist. Doch so groß der Stoffvorrat der Erde auch ist, er ist nicht unererschöpflich, was ohne weiteres klar wird, wenn wir bedenken, wie viele Jahrtausende die Kohle zu ihrer Entstehung bedurfte und wie schnell sie gefördert und verbraucht wird. Schließlich hat ja als Weltbürger gesehen, nicht nur das Volk ein Anrecht auf Kohlen und Metalle, welches im Besitz der Vorkommen ist, sondern die ganze Menschheit. Was von den Kohlen und Metallen gilt, gilt auch von anderen, nicht überall auftretenden Bodenschätzen der Erde. Wir erkennen hieraus schon die Notwendigkeit des gegenseitigen Austausches der vorhandenen Güter, um einen Ausgleich der ungleich verteilten Mengen herbeizuführen, womit gleichzeitig der Begriff des Welthandels und der Weltwirtschaft hervortritt.

Als vernunftbegabte Lebewesen sind die Menschen verpflichtet, nicht nur der Gegenwart, sondern auch der Zukunft zu leben. Wie im Familienhaushalt die Eltern ihren Kindern die Zukunft bereiten, so müssen die Gemeinde-, Staats- und Erdenbürger auch der heranwachsenden und nachfolgenden Generationen gedenken, d. h. sie müssen Haushalten, wirtschaften mit den Stoffen, die ihnen ohne ihr Verdienst, ohne ihr Zutun von der Natur bereit sind und dargeboten werden, und sie können es um so leichter, als ihnen nicht nur natürliche Stoffe, sondern auch Naturkräfte zur Verfügung stehen, deren Beherrschung und Verwertung sie sich angelegen sein lassen müssen, wenn die nachkommende Menschheit nicht einst aus Mangel an Stoff Schaden erleiden soll. Es genügt, die Naturkräfte, Wind und Wasser, hervorzuheben, um den gemachten Hinweis zu verdeutlichen. Seit langem hat sich die Menschheit die Kraft des Windes und des Wassers zum Treiben von Mühlen usw. zunutze gemacht, und unser entwickeltes, an Erfindungen aller Art so reiches Maschinenzeitalter hat Einrichtungen getroffen, um die Kräfte der Natur, vor allem die Wasserkraft, in den Dienst der Menschheit zu stellen. Mit Hilfe des Wasserfalles (Drudes) wird Elektrizität erzeugt, u. a. wird nach Durchführung des Main-Donau-Kanalprojektes Bayern zum größten Teil von der Kohlenabhängigkeit befreit sein. Dieses Beispiel lehrt deutlich, wie bei sachgemäßer Bewirtschaftung Brennstoffe durch Wasserkraft erstere werden können und müssen, um der Welt und Nachwelt ihren berechtigten Anteil an Naturstoffen zu erhalten.

Organisation und Technik müssen also zusammenwirken, um eine rationelle Wirtschaft zu ermöglichen. Beide können jedoch nur dann Erfolgreiches leisten, wenn sich die einzelnen Glieder der menschlichen Gesellschaft in einheitlichem Geiste zu gemeinnütziger Arbeit zusammenfinden.

Die Arbeitsteilung. Nachdem wir in der vorigen Nummer der Betriebsräte-Beilage und in dem vorstehenden Artikel „Volkswirtschaft“ auf das Wesen der Arbeitsteilung hingewiesen haben, wollen wir uns jetzt speziell mit dieser beschäftigen.

In Deutschland wurden gezählt 1882: 6179, 1895: 10 298, 1907: 13 668 offizielle Berufe. Aus diesen Zahlen ist zweierlei

zu erkennen: 1. die zunehmende Arbeitsteilung während des angegebenen Zeitraumes, 2. die hohe Zahl der Berufe überhaupt. Wird auch ein großer Teil derselben wegen Doppelzählung in Abzug gebracht werden müssen (in der Steinindustrie werden zum Beispiel Gussgießereier und Steinschläger, Schriftstauer und Schriftgebeure, Marmor Schleifer und Marmorpoliture, Steinrichter und Steinkipper als verschiedene Berufe geführt sein, obgleich sie nur je einen Beruf darstellen), so bleiben doch noch genügend übrig, um die bis ins kleinste gehende Teilung der Arbeit zu erkennen.

Werden wir uns zunächst über den Begriff der Arbeit selbst klar. Was ist Arbeit? Arbeit ist vom Geist beherrschte, zur Lebens- und Gemeinbetätigung angewandte Energie. Die Arbeitsleistung richtet sich nach dem Arbeitszweck, während dieser die Produktionsidee gebiert. Maßgebend für die Arbeitsteilung sind die verschiedensten Ursachen, in erster Linie die natürlichen. Die Natur liefert Stoffe und Kräfte, deren Eigenart eine verschiedene Behandlung und Benutzung erfordert. Will der Mensch den Naturstoffen und -kräften beikommen, so muß er sich der Gegend, der Bodenausstattung und dem Klima anpassen und, soweit die Jahreszeiten berücksichtigt werden müssen, auch diesen. Von großer Wichtigkeit sind die Arbeitsmittel (Werkzeuge), und nicht minder wichtig sind die Arbeitsverfahren, mit denen die Arbeitsstoffe in die verschiedensten Güterarten umgewandelt werden. Wie viele Arbeitsverrichtungen und Arbeitsabschnitte sind zu verzeichnen, bevor zum Beispiel ein Denkmal auf dem Friedhof seinen letzten Ruheplatz findet. Vom Steinbruch wandert es meistens als Rohstein durch viele Zwischentappen von einem Ende des Reiches zum anderen. Bei der Bearbeitung selbst geht es durch die verschiedenen Berufshände und Werkzeuge, ehe es seiner Bestimmung übergeben werden kann.

Mit der Steigerung der Kultur hält die soziale Bedarfsentfaltung gleichen Schritt, was wiederum die Bedarfspezialisierung zur Folge hat. Gehen wir durch ein großes Warenhaus, so erkennen wir dort am besten die Mannigfaltigkeit der menschlichen Bedürfnisse, deren Befriedigung natürlich eine Frage für sich ist und an dieser Stelle nicht erörtert werden kann. Allgemein anerkannt wird, daß der Mensch zur Arbeit in der Fristung der persönlichen und gemeinsamen Existenz und in der Befriedigung kultureller Bedürfnisse zu suchen ist. Daß manche Menschen ihre Bedürfnisse auch ohne Arbeit befriedigen, sei hier nur der Vollständigkeit halber erwähnt.

Um den Wurzeln der Arbeitsteilung nachzuspüren, müssen wir schon auf die Urzeit der Menschen zurückgehen. In dem Sammeln der natürlichen Erdfrüchte zu einer Zeit, als die Bestellung des Bodens noch unbekannt war, in der Erlegung wilder Tiere, deren Fleisch zur Nahrung und deren Fell zur Kleidung dienen mußte, sowie im Einrichten von Höhlen zu menschlicher Behausung, dürfte das erste Stadium der Arbeit zu erblicken sein. Auch eine Arbeitsteilung wird schon an der Wiege der Arbeit gestanden haben. Mit Bestimmtheit nachgewiesen ist sie, seitdem sich die Menschen gesellschaftlich zusammengefunden haben in der Stammesgemeinschaft, deren Führung es oblag, die körperlichen und geistigen Fähigkeiten der Stammesgenossen zum Wohle des Stammes zu entfalten, zum Schutze nach außen gegen Ueberfälle wilder Tiere und feindlicher Stämme durch Heranbildung der Jünglinge, Jung- und Vollmänner zu Jägern und Kriegerern. Den Frauen, Kindern und Alten wurde die Verrichtung der häuslichen Arbeiten überlassen, soweit von solchen schon geredet werden konnte. Im Innern seines Stammes hatte der Häuptling für Wohlfahrt (Recht und Ordnung) zu sorgen.

Die Kulturunterschiede der Stämme und Völker waren zu allen Zeiten äußerst groß. Sie bildeten sich heraus aus den verschiedenen Verhältnissen. Es war nicht gleichgültig, ob ein Volkstamm seine Entwicklung in der heißen, gemäßigten oder kalten Zone durchmachte. Auch die Bodenbeschaffenheit prägte dem Stamme seinen Stempel auf. Die in einem Inselmeer lebenden Menschen werden vorwiegend dem Fischfang obliegen, die in Waldgebirgen wohnenden zur Viehzucht geneigt und die an schiffbaren Flüssen lebenden Handel gepflogen haben. Soweit die wirtschaftliche Entwicklung in Betracht kommt, unterscheiden wir als erste Kulturstufen die der Jäger, der Haubauer, der Hirten und der Flugbauer.

Nicht alle Stämme fanden Genüge in wirtschaftsfriedlicher Entwicklung. Viele waren ausgesprochene Raubstämme, die ihre Nachbarn überfielen, sie um den Ertrag ihrer Arbeit brachten und sie zur Fronarbeit verurteilten. So entstanden Arbeits-, Fron- und Beutevölker.

Mit dem Uebergang vom Haub- zum Flugbau scheidet die Frau aus dem Arbeitsprozeß aus. Ihre Tätigkeit wird für die nächste Zukunft auf den Haushalt beschränkt, und erst das kapitalistische Zeitalter, das nicht oft genug den Ruf vernahmen ließ: „Die Frau gehört ins Haus!“, zwang sie wieder in den Produktionsprozeß hinein. Doch darüber später. Aus den Fähigkeiten der einzelnen Stammesgenossen bildeten sich die Stammesgewerbe heraus, der Stammesausch tritt als Vorläufer der Volkswirtschaft auf den Plan. Mit dem Flugbau begann die intensive Bebauung des Landes, es entstanden die besonderen Berufe der Hofwerker, Bauern und Krieger. Die Bauern wurden zum Teil zu Landeignern (Grundeignern), zum Teil zu Fron-